

## Symposium: „Wohin treibt die europäische Einigung?“

Statement Martin Leschke, Universität Bayreuth

Der Europäische Integrationsprozess befindet sich ohne Zweifel in einer schwierigen Situation. Unterschiedliche Entwicklungen in der Vergangenheit führten dazu, dass nunmehr einige Staaten von hohen öffentlichen Schulden geplagt sind: Zu den Staaten, die eine höhere Verschuldung als ihr eigenes BIP aufweisen, gehören nunmehr Belgien (100), Griechenland (160), Irland (116), Italien (123), Portugal (113). Betrachtet man weiterhin die Schuldendynamik in Verbindung mit der Wettbewerbsfähigkeit, so kann man Griechenland, Spanien, Zypern aber auch Italien, Irland und UK als problematische Staaten einstufen.

Die im Zuge der Verschuldungs- oder Eurokrise bisher ergriffenen Maßnahmen verfolgen zwei Ziele: (1) die Marktzinsen für Problemstaaten temporär zu lockern (Geld aus den Rettungsschirmen ist viel zinsgünstiger als über den freien Kapitalmarkt), um Finanzierungsengpässe zu überbrücken und einen Staatsbankrott (durch mangelnde Zahlungswilligkeit) zu verhindern, und (2) durch Intervention der Troika notwendige Sparmaßnahmen und strukturelle Reformen anzustoßen.

Da dieser Weg bisher bei Griechenland kaum Erfolge zeigte und auch zu bezweifeln ist, dass er in anderen Staaten erfolgreich sein wird, werden zurzeit Alternativen diskutiert. Hierbei lassen sich zwei Grundpositionen ausmachen:

- (a) Die „mehr Europa“-Fraktion verlangt eine Fiskalunion, eine Bankenunion, Eurobonds, einen Schuldentilgungsfonds sowie eine europäische Wachstumspolitik!
- (b) Die „weniger Europa“-Fraktion verlangt einen Austritt der überschuldeten Staaten aus der Währungsunion, einen Abbau der Rettungsschirme, klare Regeln für einen Staatsbankrott und einen Euro-Exit.

Wie sind die Positionen nun zu bewerten. Position (a) führt m.E. zu einer unbeherrschbaren Euro-Bürokratie, zu einer Wirtschaftspolitik ohne Haftung für die Konsequenzen in den Nationalstaaten, zu einem Demokratiedefizit (die nationalstaatlichen Parlamente werden mehr und mehr entmündigt) sowie zu einer EU-Politik, die zwar vorgibt, die Fiskal- und Wachstumsprobleme lösen zu können, es aber nicht kann, weil Informationsasymmetrien und Durchsetzungsprobleme dies verhindern. Zu guter Letzt wird auch die EU-Ebene eine (relativ unbeschränkte) Verschuldungskompetenz verlangen, was dazu führt, dass wir endgültig an den Schulden kollabieren.

Position (b) ist allerdings auch nicht überzeugend. Die sofortige Rückführung gemeinschaftlichen Handelns zur Verantwortung der Nationalstaaten sowie das sehr schnelle Aufbrechen der Euro-Gemeinschaft können zu einer Des-Integrationsspirale und zu ungeahnten Ansteckungseffekten führen. Die Risiken einer solchen radikalen Strategie können in der Tat auch sehr gefährlich sein.

Vor dem Hintergrund der beiden Positionen ergeben sich zwei Fragen:

- Wohin sollte die EU-Einigung treiben?
- Wohin treibt die EU-Einigung?

Hinsichtlich der ersten Frage vertrete ich die Meinung, dass der Versuch „frisches Geld und Niedrigzins heute“ gegen „Stabilität morgen“ immer noch gelingen könnte und zu befürworten wäre. Allerdings ist diese Strategie an harte Restriktionen gebunden, um gelingen zu können: Erstens sollten die Problemstaaten, die aus dem Rettungsschirm und vom IWF zinsgünstiges Geld in Anspruch nehmen wollen, selbst erst einmal Ihre Strukturprobleme benennen und notwendige Reformschritte skizzieren („ownership“ bei den betroffenen Staaten). Diese Vorschläge werden anschließend mit der Troika diskutiert und in einen Reformplan überführt, der dann im Zuge der Gewährung von „fresh money“ Schritt für Schritt umgesetzt wird. Zugleich wird eine Euro-Exit-Strategie sowie ggf. ein Insolvenzplan entworfen, um für den Fall des Scheiterns die Alternativen bereits im Vorfeld aufzuzeigen. Die beiden Vehikel „Euro-Exit“ und „Insolvenzplan“ sind von zentraler Bedeutung, weil über die EU-Ebene das Verschuldungs- und Ausgabeverhalten (Niveau und Struktur des Haushalts betreffen) nicht steuerbar ist.

Da die Staatengemeinschaft sich nicht auf ein solches Vorgehen einigen wird und auch die deutsche Regierung weit von solch einem Vorgehen entfernt ist (von der Opposition ganz zu schweigen), lässt sich die zweite Frage leider nur so beantworten: Die Staaten werden in Richtung der Position (a) marschieren: Eurobonds werden zwar „nur“ als Projektbonds eingeführt, aber der Rettungsschirm und auch die Einführung eines Schuldentilgungsfonds werden die Budgetrestriktion weiter lockern, den Ruf nach gemeinschaftlich finanzierten Konjunkturprogrammen wird zudem nachgegeben werden. Auf der anderen Seite werden die Umsetzungen der Stabilitätsmechanismen „Papiertiger“ bleiben. Es wird an einer wirksamen Durchsetzung von Stabilitätsmechanismen durch die EU weiter mangeln (auch wenn Worte wie Stabilitäts-, Fiskal- und Bankenunion anders klingen), so dass der jetzige Weg zu einem Auseinanderbrechen Währungsunion und auch zu herben Einschränkungen anderer Integrationsergebnissen (Binnenmarkt, Freizügigkeit) führen wird.

Konstitutionenökonomisches Verständnis war selten so wichtig wie in der jetzigen Zeit und – wie es scheint – war es selten in einem so geringen Maße vorhanden, auch unter den Ökonomen. Auch dies ist letztlich ein Grund für die derzeit sehr problematischen Entscheidungen der Politik.